



INHALT NOVEMBER 2006

SEITE 1 KREATIVITÄT FÜR GLEICHBEHANDLUNG

Preisverleihung
„Im Netz gegen Rechts“
„WAS WÜRD DIR FEHLEN ...“
Wie frau einen Sonderpreis gewinnt
ZAHLENWERK
Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte

SEITE 2 INTERKULTURELLE WOCHE (1) Über 2.000 Veranstaltungen INTERKULTURELLE WOCHE (2) ... zum Beispiel Bamberg ERNST-REUTER-INITIATIVE GESTARTET Motor für deutsch-türkischen Dialog

SEITE 3 ALS GLEICHBERECHTIGT ANERKENNEN Maßnahmenkatalog für das Zusammenleben mit dem Islam INTEGRATION IM KLEINGARTEN Verständigungen über den Zaun TERMINE und Veranstaltungen STUDIE ÜBER EINGEBÜRGERTE Uni Köln bittet um Mithilfe VIELSPRACHIG Neue Ausgabe des Infoblatts Dialog

SEITE 4 NACH DEM INTEGRATIONS- GIPFEL Kommentar von Staatsministerin Maria Böhmer, Integrationsbeauftragte **MUT MACHEN** Pro Qualifizierung sucht Vorbilder

KREATIVITÄT FÜR GLEICHBEHANDLUNG

Preisverleihung „Im Netz gegen Rechts“

Am 19. Oktober 2006 wurden im Hans-Böckler-Haus in Düsseldorf die Preise des Wettbewerbs „Im Netz gegen rechts“ verliehen. Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ e.V. hatte den Wettbewerb zum zweiten Mal ausgeschrieben. Angesprochen waren Jugendliche an Berufsschulen und in Betrieben ausgelobt. Sie sollten Materialien gegen Rechtsextremismus und Rassismus und für die Gleichberechtigung von Migrantinnen und Migranten in der Arbeitswelt erstellen. Die Einsendungen dokumentieren eine inten-

sive und kreative Auseinandersetzung mit dem Thema. Und – so Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden DGB Bundesvorstands über den Wettbewerb des Kumpelvereins – sie sind ein aktives Angehen gegen eine Haltung, die sich in dem Satz „Das bringt doch eh nichts“ äußert.

Auf der Veranstaltung wurden die besten 17 Projekte prämiert und vorgeführt. Den ersten Preis bekam eine Gruppe aus einer berufsvorbereitenden Maßnahme an der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein in Ahrensburg, die verschiedene Plakate sowie einen Film zum Thema Gleichberechtigung in der Arbeitswelt produziert und auf eine

selbst gestaltete Website gestellt hat. Der zweite Preis ging an das Berufskolleg der RAG in Recklinghausen, der dritte an Auszubildende bei Thyssen-Krupp Nirosta. Mit einem Sonderpreis geehrt wurden Züleyha Ucar und Dilek Halici für einen Kurzfilm, mit dem für ein tolerantes Miteinander geworben wird.

Die Beiträge stehen im Internet unter:
www.gelbehand.de

Weitere Informationen:
Hans-Peter Killguss
„Mach meinen Kumpel nicht an!“ e.V.
Telefon 02 11/43 01-1 94
killguss@gelbehand.de

„WAS WÜRD DIR FEHLEN ...“

Wie frau einen Sonderpreis gewinnt

Sie sind seit Langem miteinander befreundet, die 25-jährige Züleyha Ucar und die ein Jahr jüngere Dilek Halici und machen Vieles gemeinsam, zum Beispiel sind sie in einer türkischen Tanzgruppe aktiv. Jetzt haben sie zusammen beim Wettbewerb „Im Netz gegen Rechts“ einen Sonderpreis für einen zweieinhalbminütigen Kurzfilm gewonnen, den sie selbst Videobotschaft nennen.

Sie haben Migrantinnen und Migranten – so Züleyha Ucar – „halbe Fragen“ gestellt. Zum Beispiel: „Was würde dir fehlen ...“ Die Befragten mussten die

Frage selbst zu Ende führen und beantworten. Herausgekommen sind Wertvorstellungen, Sichtweisen auf die Gesellschaft und auch persönliche Hoffnungen und Träume. Eine junge Mutter ergänzte die Frage: „... wenn du nicht in Deutschland wärst und keine Arbeit hättest?“ Ihre Antwort: „Die Zukunft für mein Kind.“

Wie kommt man auf solch eine Idee? „Wir haben beim Surfen im Internet den Wettbewerb entdeckt und spontan entschieden mitzumachen“, so Züleyha Ucar, die bei Ford in Köln als Bürokauffrau arbeitet. Die beiden jungen Frauen stellen sich im Alltag überhaupt immer wieder die Frage: Was kann man besser machen? Dazu

braucht es Aktivitäten. Dilek Halici zum Beispiel war Mitglied der Jugend- und Auszubildendenvertretung bei Bayer Dormagen, wo sie heute als Sekretärin arbeitet.

Der Sonderpreis bei „Im Netz gegen Rechts“ ist für Züleyha Ucar nicht die erste Auszeichnung. Geehrt wurde sie beim Wettbewerb Youth-Reporter im Jahr 2005 für ein Essay über die Vielfalt in Europa. Ein Jahr zuvor erhielt sie einen Preis im Rahmen der Kampagne chance.nrw für ihr soziales und berufliches Engagement.

Der Film kann angesehen werden unter:
www.migration-online.de/film_ehlen

ZAHLENWERK

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte*

	2002	2003	2004	2005
insgesamt	27.853.391	27.204.384	26.916.694	26.565.925
Ausländer	1.964.096	1.862.398	1.808.833	1.771.032
Anteil	7,05 %	6,85 %	6,72 %	6,66 %

* jeweils 30. September

Der Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – lange Zeit eines der Probleme auf dem Arbeitsmarkt – zeigt, dass ausländische

Beschäftigte vom Verschwinden von Arbeitsplätzen stärker betroffen sind als deutsche. Ganz aktuelle Daten aus dem letzten Sommer weisen allerdings aus,

dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung seit Februar 2006 saisonbereinigt wieder steigt. Dies vermutet die ANBA vom 31. August 2006.

Daten: Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsstatistik 2005 (Sondernummer der ANBA, August 2006)

INTERKULTURELLE WOCHEN (1)

Über 2.000 Veranstaltungen

Die Interkulturelle Woche fand in diesem Jahr vom 24. bis 30. September unter dem Motto „Miteinander Zusammenleben gestalten“ statt. Bundesweit gab es wieder mehr als 2.000 Veranstaltungen und tausende Gottesdienste.

„Die deutsche Politik sollte endlich eingewanderte Menschen integrieren statt sie zu schikanieren!“, sagte

Jürgen Micksch, Vorsitzender des Interkulturellen Rates (IR) zum Beginn der Interkulturellen Woche. Weiter meint er: „Wir können in Deutschland für das insgesamt gute Zusammenleben mit eingewanderten Menschen dankbar sein. Das gilt insbesondere auch für die Muslime, die auf den Karikaturenstreit und die umstrittene Rede von Papst Benedikt XVI. in Regensburg mit Besonnenheit reagiert haben.“

Daneben hält der IR es für erfreulich, dass auf Integrationsgipfeln und der Islamkonferenz „der Integration das Wort geredet“ wurde. Dennoch würden die Schikanen gegen Migrantinnen und Migranten in den zuständigen Verwaltungen und Ministerien weitergehen: „Trotz ohnehin sinkender Antragszahlen sollen die Voraussetzungen für die Einbürgerung weiter erhöht werden“, so der IR. Und „das Bundesamt für Migration und Flücht-

linge überzieht zehntausende anerkannte Flüchtlinge mit so genannten Widerrufsverfahren, um ihnen den Flüchtlingsstatus wieder abzuerkennen.“ Gleichzeitig läuft die „Abschiebemaschinerie“ auf Hochtouren: Nach Angaben des IR wurden im Jahr 2005 mehr als 16.000 Menschen abgeschoben. Migrantinnen und Migranten hätten also „gute Gründe, um aufgebracht und verärgert zu sein“, so Micksch.

INTERKULTURELLE WOCHEN (2)

... zum Beispiel Bamberg

In fränkischen Bamberg fand die Interkulturelle Woche zum zwölften Mal statt. Eröffnet wurde sie am 28. September 2006 durch ein gemeinsames Gebet für den Frieden von Gläubigen verschiedener Religionen und Konfessionen in der St. Martinskirche.

„Es gibt kaum ein Wort, das die tiefste menschliche Sehnsucht und politische Hoffnung besser zum Ausdruck bringt als das Wort Frieden. Allerdings ist der Begriff Frieden schwer zu fassen“ – so der Vorsitzende des Migranten- und Integrationsbeirates der Stadt Bamberg, Mohamed Hedi Addala, bei der Eröffnung des Gottesdienstes.

Zwei Tage darauf konnten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt sich beim Einkaufsbummel auf dem Maxplatz in ferne Länder und Kulturen versetzt fühlen. Unter dem Motto „Augenweide und Gaumenfreude“ boten

zwölf verschiedene Nationalitäten ein abwechslungsreiches Potpourri von Folklore und Esskultur.

Der Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, Andreas Starke (SPD), betonte, dass das gemeinsame Feiern mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein richtiges Signal für das Zusammenleben sei – und feierte mit. Und er unterstrich, dass er nicht nur der Oberbürgermeister der Deutschen sei, sondern aller Bambergerinnen und Bamberger, ob sie nun das Wahlrecht haben oder nicht.

Doch so bunt und schillernd die Veranstaltung war, hatte sie dennoch einen ernsten Hintergrund: Miteinander Zusammenleben gestalten. Es geht um ein gemeinsames Engagement von Deutschen und Zuwanderern für Integration und gelingendes Zusammenleben. So haben in der Interkulturellen Woche zahlreiche Veranstaltungen stattgefunden, die der Begegnung dienen – auf verschie-



Bambergs Oberbürgermeister Andreas Starke (SPD) auf dem interkulturellen Fest „Augenweide und Gaumenfreude“ in der orientalischen Ecke. Foto: Hakan Gökpinar

denste Weise. Das reicht vom Schnupperkurs für Italienisch über Filme bis zu einer Informationsveranstaltung der Leiterin des Ausländeramtes über das Zuwanderungsgesetz. Und natürlich wurde auch über die anstehende Wahl zum Migranten- und Integrationsbeirat informiert.

Ali Fakioglu, Migrant aus der Türkei und seit Langem in Deutschland, hat

nur wenige der Angebote genutzt, eigentlich nur die gemeinsame Feier. Er muss sich um sein Lebensmittelgeschäft kümmern. Generell, sagt er, fühle er sich in Deutschland zuhause. Wenn die Interkulturelle Woche läuft, aber ein bisschen mehr. Wenn man so will: – „zuhauser“. Aber es könne ja nicht immer Interkulturelle Woche sein.

Warum eigentlich nicht?

ERNST-REUTER-INITIATIVE GESTARTET

Motor für deutsch-türkischen Dialog

Unterschiede in kulturellen oder religiösen Wahrnehmungen sind in den vergangenen Jahren in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. Der Karikaturenstreit hat gezeigt, wie wichtig gegenseitiger Respekt und das Wissen um kulturelle Zusammenhänge sind. Der türkische und deutsche Außenminister – Gül und Steinmeier – haben seinerzeit zur Deeskalation des Konflikts beigetragen und beschlossen, „die Zusammenarbeit zur Überwindung kultureller und religiöser Missverständnisse und zur Verständigung über unterschiedliche Wahrneh-

mungen nachhaltig zu intensivieren und zugleich für den Respekt der kulturellen Vielfalt zu werben. Dialog lebt von Unterschieden zwischen Menschen und zwischen ihren Überzeugungen“. Kulturelles Selbstbewusstsein statt Uniformität sei hierfür eine Grundvoraussetzung. Aus diesem Grund wurde in diesem Herbst die „Ernst-Reuter-Initiative – für Dialog und Verständigung zwischen den Kulturen“ ins Leben gerufen.

Die beiden Außenminister haben beschlossen, die gemeinsame Initiative nach Ernst Reuter zu benennen, der nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 von allen Ämtern ent-

hoben und zunächst im KZ Lichtenburg bei Torgau interniert wurde. Auf Initiative von Fritz Baade ging er als Berater des Wirtschaftsministeriums in die Türkei. In Ankara wurde er Professor für Städtebau. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte er nach Deutschland zurück und wurde 1948 Bürgermeister der drei Berliner Westsektoren.

Ziel der Ernst-Reuter-Initiative ist es, „öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung zu schaffen für Anstöße, Ideen, Projekte und Programme, die dem Dialog und der Verständigung dienen, und dafür zu werben. Die Kultur des Dialoges wird nur dann erfolgreich sein, wenn Politik, Wirt-

schaft, Kultur und Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft Hand in Hand arbeiten“.

Mit der Ernst-Reuter-Initiative wollen die Außenminister gemeinsam mit Partnern aus Wirtschaft, Medien, Bildung und Wissenschaft für eine verstärkte deutsch-türkische Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Medienkooperation, Integration und Wissenschaft werben und beispielhafte Projekte als Initiatoren begleiten.

Weitere Informationen unter www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Kulturpolitik/ERI/ErnstReuterInitiative.html

ALS GLEICHBERECHTIGT ANERKENNEN

Maßnahmenkatalog für das Zusammenleben mit dem Islam

Zum Islamgipfel beim Innenminister veröffentlichte das Zentrum für Türkeistudien (ZfT) am 5. September 2006 einen Maßnahmenkatalog für das Zusammenleben mit dem Islam. „Die Förderung des christlich-islamischen Dialogs, die Immunisierung der Muslime gegen Islamismus und Gewalt sowie die Entwicklung eines modernen, pluralistischen Religionsverständnisses setzen voraus, die Muslime und ihre Organisationen zu stärken und als gleichberechtigte gesellschaftliche Partner zu etablieren“, forderte ZfT-Direktor Faruk Sen bei der Vorstellung des Katalogs auf einer Pressekonferenz in Essen.

Wichtig für das ZfT ist die Feststellung, dass die Integration des Islam in westliche Gesellschaften weniger zu erzwingen ist, als vielmehr ermöglicht werden sollte. Als notwendige Elemente für ein verbessertes Zusammenleben von Islam und Aufnahmegesellschaft definiert der ZfT-Maßnahmenkatalog ein Zwölf-Punkte-Programm für ein verbessertes Zusammenleben von Aufnahmegesellschaft und Islam.

Unter anderem fordert der ZfT-Maßnahmenkatalog die politische und gesellschaftliche Anerkennung des Islam als zweitgrößte Religionsgemeinschaft nach dem Christentum in Deutschland.

Außerdem scheiterte die Gleichberechtigung des Islam auf rechtlicher Ebene an den fehlenden zentralen Ansprechpartnern im Sinne des deutschen Staatskirchenrechts. „Der Islam ist, wie das Christentum, zwar eine universalistische Religion, kennt aber keine repräsentative institutionalisierte Vertretung und keine hierarchische Organisationsform entsprechend der christlichen Kirchen.“

Deshalb plädiert das ZfT für die rechtliche Gleichstellung des Islam unter Berücksichtigung seiner zivilen Organisationstradition und schlägt ein Ratsmodell vor, bei dem die zentralen muslimischen Organisationen, sowie

weitere integrationsrelevante Organisationen und Institutionen die Interessen der Muslime gegenüber dem Staat artikulieren. Daneben werden die finanzielle Förderung muslimischer Organisationen und die Einführung von Islamunterricht als Regelunterricht an deutschen Schulen gefordert. „Hiermit wäre ein Rahmen geschaffen, in dem die Muslime ihrer gesamtgesellschaftlichen Integrationsverantwortung gerecht werden können“, so Sen.

Doch steht nicht nur die Aufnahmegesellschaft in der Pflicht, auch die Muslime müssten Zugeständnisse machen. Zur Verantwortung der Muslime zählen die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und eine erhöhte Transparenz in den islamischen Gemeinden, ein verstärktes gesellschaftliches Engagement, verbunden mit einer wachsenden Aufnahmelandorientierung, sowie die aktive Förderung der Gleichbehandlung der Geschlechter.

Der Maßnahmenkatalog steht bereit unter der Internetadresse:
www.migration-online.de/zft_massnahmenkatalog

TERMINE

und Veranstaltungen



Europäische Migrationsgespräche: Grenzenlos arbeiten? Realität und Zukunftsperspektiven in der Europäischen Union

Tagung: 17.11.2006
DGB Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
9.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Informationen und Anmeldung im Internet unter:
www.pro-qualifizierung.de
oder:
Tatjana Butorac
t.butorac@iq-consult.de
Telefon 02 11/43 01-1 92
Janina Müdder
j.muuedder@iq-consult.de
Telefon 02 11/43 01-1 51
Telefax 02 11/43 01-1 34

INTEGRATION IM KLEINGARTEN

Verständigungen über den Zaun

Mit Unterstützung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge hat der Bundesverband Deutscher Gartenfreunde (BDG) die Studie „Integration im Kleingarten“ durchgeführt. Eine erste, kaum überraschende Erkenntnis: so ganz deutsch sind die deutschen Gartenfreunde längst nicht mehr. Deutschlandweit haben 7,5 Prozent der rund 450.000 Kleingärtner einen Migrationshintergrund. In den alten Bundesländern sind es sogar 16,6 Prozent. Hessen mit 28 Prozent und Baden-Württemberg mit 24 Prozent liegen noch einmal deutlich darüber.

Die Studie zeigt auch, dass das Zusammentreffen von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägungen nicht immer reibungslos vonstatten geht. So klagen viele über sprachliche Verständigungsprobleme. Auch gehen die Vorstellungen von Vorschriften und Regelungen öfter einmal auseinander. Allerdings ist dies kein Anlass

für tiefer gehende Konflikte. 51 Prozent sehen keine besonderen Schwierigkeiten zwischen deutschen und zugewanderten Pächtern.

Die Studie ist zusammen mit konkreten Erfahrungen der Verbände und Vereine des BDG in einer Broschüre – „Integration im Kleingarten“ – zusammengefasst. Dies wurde auch zu einem Merkblatt verarbeitet. Schließlich wurde das Merkblatt „Willkommen im Kleingarten“ ins Polnische, Russische und Türkische übersetzt.

Informationen auf der Internetseite:
www.kleingartenbund.de
Suchwort: Fachthemen



STUDIE ÜBER EINGEBÜRGERTE

Uni Köln bittet um Mithilfe

Im Rahmen einer Forschungsarbeit am Psychologischen Institut der Universität Köln läuft derzeit eine Studie, die sich mit der Identität von eingebürgerten Migrantinnen und Migranten in Deutschland beschäftigt. Das Institut sucht für eine Befragung noch deutschlandweit Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich haben einbü-

gern lassen. Wer Interesse hat, mitzumachen, kann anonym einen Fragebogen im Internet ausfüllen:
http://survey.uni-koeln.de/migranten_identaet_06

Weitere Informationen (oder Anregungen) wie auch die spätere Auswertung:
http://www.uni-koeln.de/phil-fak/psych/entwicklung/mitarbeiter/MA_Maehler.html

VIELSPRACHIG

Neue Ausgabe des Infoblatts Dialog

Wer gelegentlich den Eindruck hat, in einer Zeitung immer dasselbe zu lesen, im Dialog kann er oder sie das tatsächlich. Da werden alle Artikel gleich acht Mal abgedruckt – allerdings in acht verschiedenen Sprachen. Dialog ist Informationsblatt für ausländische und interessierte deutsche Mitglieder der IG Bergbau, Chemie, Energie. Die

neueste Ausgabe ist gerade erschienen. Themen sind das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz – eher bekannt unter Antidiskriminierungsgesetz –, der Integrationsgipfel und die Ergebnisse des 18. Ordentlichen DGB Bundeskongress.

Informationen im Internet unter:
www.igbce.de
oder Telefon 05 11/76 31-2 29
(Giovanni Pollice)

NACH DEM INTEGRATIONSGIPFEL

KOMMENTAR

**Staatsministerin
Maria Böhmer,
Integrationsbeauftragte**



„Mit dem Integrationsgipfel vom 14. Juli 2006 ist der Startschuss zur Erarbeitung eines „Nationalen Integrationsplans“ gefallen. Dieser soll klare Ziele, konkrete Maßnahmen und Selbstverpflichtungen als Grundlage einer nachhaltigen Integrationspolitik enthalten. Hierfür haben wir sechs Arbeitsgruppen unter Federführung der jeweils zuständigen Bundesministerien zu folgenden Handlungsfeldern gegründet: AG 1: Integrationskurse verbessern (BMI); AG 2: Von Anfang an deutsche Sprache fördern (BMFSFJ); AG 3: Gute Bildung und Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen (BMAS); AG 4: Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern, Gleichberechtigung verwirklichen (BMJ); AG 5: Integration vor Ort unterstützen (BMVBS); AG 6: Bürgergesellschaft stärken (Integrationsbeauftragte) mit den Themenfeldern Kultur, Sport, Medien, Ehrenamt und Wissenschaft. In diesen Wochen haben die Auftaktsitzungen der Arbeitsgruppen, die über-

wiegend von den zuständigen Bundesministerinnen und -ministern geleitet wurden, stattgefunden. Die Arbeitsgruppen setzen sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft, Gesellschaft und Migrantinnen und Migranten zusammen. Mit dieser hochrangigen Besetzung wollen wir die Bedeutung, die die Bundesregierung dem Thema Integration zumisst, unterstreichen.

Am 10. Oktober fand die von mir geleitete Auftaktsitzung der Arbeitsgruppe „Medien und Integration“ statt. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, die wichtige Rolle der Medien im Integrationsprozess hervorzuheben und konkrete Integrationsmaßnahmen zu vereinbaren. An der Arbeitsgruppensitzung nahmen neben Vertretern von Neuen Medien, von Print- und fremdsprachigen Medien und der Medienforschung der Intendant des ZDF Markus Schächter, der Intendant des WDR, Fritz Pleitgen, Erik Bettermann, Intendant der Deutschen Welle, der Vorsitzende des Verbandes privater Rundfunk und Telekommunikation, Jürgen Doetz, teil.

Bei dem Themenbereich Repräsentanz von Migranten in deutschen Medien wurde deutlich, dass zur Gewinnung geeigneter Mitarbeiter mit Migrationshintergrund für alle Medienbereiche eine gezielte Nachwuchsförderung im Vordergrund stehen muss. Aus der Reihe der Teilnehmer wurden zudem verschiedenste Kooperationsforen, die in den künftigen Sitzungen vertieft behandelt werden sollen, vorgeschlagen. Einig war man sich auch, dass die systematische Untersuchung von Medienverhalten und -konsum von Migranten

vorangetrieben werden muss.

Ich habe auch an den Auftaktveranstaltungen der anderen Arbeitsgruppen teilgenommen und bin sehr zuversichtlich, dass wir bei allen Themenbereichen zu überprüfbaren Ergebnissen gelangen. Die Ergebnisse aller Arbeitsgruppen fließen in den Nationalen Integrationsplan ein, der von der Bundeskanzlerin im Sommer kommenden Jahres vorgestellt werden wird.

Parallel zu den Arbeitsgruppen haben wir das Forum Integration eingerichtet. Dieses bietet über gesonderte Veranstaltungen und Tagungen zu migrationspolitisch wichtigen Themen die Möglichkeit, sich mit Einzelthemen vertieft zu beschäftigen und auch diejenigen in den Arbeitsprozess einzubeziehen, die nicht in einer Arbeitsgruppe mitarbeiten. Konkret wollen wir beispielsweise für das wichtige Thema der Nachwuchsförderung von Migranten zur Stärkung ihrer Repräsentanz in den Medien einen Workshop veranstalten.

Die Integration von Zuwanderern ist eine der großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Deutschland. Zuwanderer haben wesentlich zur wirtschaftlichen Kraft und kulturellen Vielfalt Deutschlands beigetragen. Neben den vielen Beispielen erfolgreicher Integration bestehen aber auch Integrationsdefizite wie die mangelhafte Beherrschung der deutschen Sprache, Benachteiligungen in Bildung und Ausbildung und die höhere Arbeitslosigkeit. Ziel der Integrationspolitik der Bundesregierung ist es, diese Defizite zu beheben und die vorhandenen Potenziale für Integration zu stärken.

MUT MACHEN

Pro Qualifizierung sucht Vorbilder

„Vorbilder gesucht!“ – so lautet der Titel eines Aufrufs des Projekts Pro Qualifizierung. Damit werden Menschen mit Migrationshintergrund gesucht, die sich beruflich weitergebildet haben und daraus einen Nutzen für ihr Berufsleben ziehen konnten. Die

Betroffenen werden dann in einer Porträtreihe vorgestellt.

Damit sollen andere Migrantinnen und Migranten ermuntert werden, ebenfalls die Chance zur Weiterbildung zu nutzen. Gleichzeitig können Personalverantwortliche auf die Potenziale von Zuwanderern hingewiesen werden.

Der Aufruf in deutsch, italienisch und spanisch: www.pro-qualifizierung.de/aufruf-vorbilder

Informationen für potenzielle Vorbilder: Ömer Saglam: 0211/ 4301-181
oemer.saglam@dgb-bildungswerk.de und:

Robert Gereci: 02 11/43 01-1 82
robert.gereci@dgb-bildungswerk.de

GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk

Vorsitzender: Dietmar Hexel

Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel

(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

FOTOS

photocase und Hakan Gökpinar

DRUCK UND VERTRIEB

Setzkasten GmbH, Düsseldorf

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

BESTELLADRESSE

SETZKASTEN GMBH

Produktion, Verlag, Werbung

Kreuzbergstraße 56

40489 Düsseldorf

Telefax 02 11/4 08 00 90-40

E-Mail mail@setzkasten.de

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk, Bereich

Migration & Qualifizierung

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Telefon 02 11/43 01-1 88

Telefax 02 11/43 01-1 34

migration@dgb-bildungswerk.de

www.migration-online.de